

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6gepalte Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig, Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellort 17, Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitagmorgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 30

Duisburg, den 26. Juli 1924

25. Jahrgang

Führer, Masse und Schlagworte

Die Fehler der Vergangenheit werden von einem sehr großen Teil der Arbeiter dort gesucht, wo sie nicht gemacht worden sind. Eines der beliebtesten Schlagworte lautet: Die Führer haben uns verraten. Dieser Ueberzeugung nach liegt hier ein Angelpunkt der Krise, von der auch die Gewerkschaftsbewegung zur Zeit ergriffen ist. Das richtige Verhältnis zwischen Führung und Masse ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen neuen Aufstieg der Arbeiterbewegung. Es dürfte daher angebracht sein, diese Frage einmal vorweg zu untersuchen und dieses ist auch schon deshalb ratsam, weil wir bei dieser Untersuchung bereits auf eine ganze Reihe tatsächlich von der Arbeiterbewegung begangener Fehler stoßen.

Ueberblicken wir die Jahre seit dem Novemberumsturz, so stoßen wir zunächst auf eine früher nicht in dem Umfange gekannte Erscheinung, die darin bestand, daß besonders vor Streikbewegungen plötzlich neben der bis dahin anerkannten Führerschaft Leute auftauchten, die alles besser wissen wollten, und die sie in der Regel durch Verantwortungsbewußtsein nicht gehemmt wurden, in Wortradikalismus alles bis dahin Dagewesene überboten. Die Aufgabe nun, daß diese Leute vielfach in der Lage waren, die beruflichen und verantwortlichen Führer ganz oder zum Teil von der Leitung der Bewegungen auszuschalten und die Tatsache, daß viele Arbeiterkreise sich unbesonnen der Führung dieser Leute anvertrauten, war ein grundlegender Fehler, auf den in erster Linie sehr viel Unglück zurückzuführen ist. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel wurden in unverantwortlicher Weise und zum Teil geradezu verbrecherischer Art und Weise mißbraucht. Es wurden Streiks in die Wege geleitet, ohne daß die beteiligten Arbeiter vielfach wußten, warum gestreikt wurde. Unzählige Opfer sind nicht nur vergeblich gebracht worden, sondern die irrtümlich geführten Arbeiter haben sich und ihrem Stande durch diese gänzlich verfehlten Maßnahmen selbst schweren Schaden zugefügt. Selbst Arbeiterblut ist in Strömen geflossen und zwar fast ausschließlich infolge einer unverantwortlichen Hege von gewissen Elementen und Gruppen. So hat die von Verbrechern, Phantasten und Schwablonen irreführende Arbeiterbewegung den Weg der Reaktion vorbereitet und mitgeholfen an der Verschlechterung der Verhältnisse, sowie an der Bekämpfung der Arbeiterrechte.

Das Vertrauen zur beruflichen und verantwortlichen Führerschaft suchte insbesondere die kommunistische Agitation mit allen, auch den werwerklichsten Mitteln zu untergraben. Natürlicherweise mußte das zu einer Lähmung und Hemmung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung überhaupt führen. Erreulicherweise ist die christliche Gewerkschaftsbewegung von inneren Schwierigkeiten derart, wie sie die sozialistische Bewegung fast in allen Tagen erleidete, bewahrt geblieben. Aber auch die christliche Arbeiterbewegung ist von den Dingen beeinflusst und in mancherlei Hinsicht gehemmt worden. In der sozialistischen, freien Gewerkschaftsbewegung hatten wir zu verzeichnen, daß überall dort, wo das antisozialistische kommunistische Element Oberwasser gewonnen hatte, die erfahrenen und bewährten Führer befeitigt wurden und durch Leute ersetzt zu werden, deren Befähigungsnachweis ein bestimmtes Maß erreicht war. Es stellte sich dann später vielfach heraus, daß diese Leute absolut unfähig oder aus anderen Gründen ungeeignet für das Führeramt waren. Befähigte und Gewissenhafte waren durch hochköpfige Schwärzer oder verlogenen Demagogen ersetzt worden.

Wie vorsichtig und umsichtig wurde demgegenüber in der Vorkriegszeit die Auswahl der Gewerkschaftsführer betrieben. Die christlichen Gewerkschaften haben auch in der Nachkriegszeit an den früher erprobten Grundsätzen und Erfahrungen festgehalten. Wenn wichtige Ämter in der Organisation zu vergeben sind, besonders bei den hauptamtlichen Stellen, dann hat der Bewerber nicht nur in umfassender Weise den Nachweis zu führen, daß er befähigt ist für die in Frage kommende Stelle, sondern auch seine Charaktereigenschaften werden geprüft und auch die persönlichen Verhältnisse nicht außer acht gelassen werden. Man sucht sich eine Gewährleistung darüber zu verschaffen, daß man es mit einer tadellofen,

christlichen und in jeder Beziehung würdigen Persönlichkeit zu tun hat. Probearbeiten trafen hinzu durch Nachweis mehrjähriger praktischer Mitarbeit im Verband, sowie einer Probebedienstung. Zu solchen mit größter Vorsicht auserwählten Führern konnte die Arbeiterbewegung vertrauensvoll aufblicken, ihnen konnte sie ihr Geschäft unbesorgt anvertrauen. Und darin lag die Stärke der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit. Damals haben die Gewerkschaften unter weit größeren Widerständen und Schwierigkeiten und trotz unendlich geringer Mitgliederzahlen eine Stoßkraft entfalten können, die in der Nachkriegszeit bei wesentlich günstigeren Voraussetzungen nicht erreicht werden konnte. Die Stärke der Organisation lag in erster Linie begründet in dem unerschütterlichen und innigen Vertrauensverhältnis zwischen Führerschaft und Mitglieder.

Die Nyanwendung ergibt sich von selbst. Man darf nicht blindlings dem ersten besten Schreier zuhören. Gerade die sich durch Wortradikalismus in den Vordergrund drängenden Leute muß man mit doppelter Vorsicht genießen und sich erst gründlich ansehen, ehe man ihnen Vertrauen schenkt und Ämter überträgt. Den bewährten, verantwortungsbewußten Führern und solchen Kollegen, denen man nach reichlicher Prüfung leitende Ämter in der Organisation übertragen hat, muß das notwendige Vertrauen entgegengebracht und insbesondere auch das Recht eingeräumt werden, sich als Führer in des Wortes rechter Bedeutung auszuwirken. Damit soll gesagt sein, daß der Führerschaft das Recht eingeräumt werden muß, auch Dinge auszusprechen, die nicht gerne gehört werden. Wenn sich auf Grund besserer Kenntnis der Zusammenhänge und Notwendigkeiten die Führung veranlaßt sieht, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht gleich allgemein verstanden werden, so darf das kein Grund sein, um das Vertrauen zu entziehen, sondern man soll doch den Erfolg solcher Maßnahmen einmal abwarten. Vieles hätte in den letzten fünf Jahren anders werden können wie es gekommen ist, wenn man verantwortungsvollen und weisheitlichen Führern Gehör gegeben hätte und diesen auf Wegen gefolgt wäre, die zwar steinig waren, aber bestimmt zu anderen Ergebnissen geführt hätten, als wir sie heute leider beklagen müssen.

Ferner ist unerlässlich notwendig, daß die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung aufrecht mit dem Anwesen, das von gewissen Elementen in der Arbeiterbewegung getrieben worden ist. Es gibt gewohnheitsmäßige Stänker, die ständig auf der Dauer liegen und jede scheinbare oder tatsächliche Angriffsfläche benutzen, um die Führer mit Gift und Galle zu bespritzen. Es gibt politisch irrgläubige Phantasten und gekaufte Subjekte — vornehmlich in der R. P. D. vereint. Dieses Moskowitertum steht aus purem politischer Verblendung seine Aufgabe darin, durch Hege gegen die verantwortungsbewußte Führerschaft jede vernünftige Arbeiterbewegung lahm zu legen und zu zerstören Phantasten und gekaufte Subjekte in buntem Gemisch handeln einfach nach den Befehlen der Usurpatoren in Moskau — sie lügen und schwindeln aus Prinzip. Ein für allemal muß die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung mit diesen Wühlerkreisen aufräumen, man sollte diesen Elementen derart den Marsch blasen, daß ihnen die Luft vergehe, wieder auf der Bildfläche zu erscheinen.

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Tätigkeit der Führer keiner Kritik unterzogen werden dürfte. Der wahre Führer wird sich gern kontrollieren lassen und wird für jede gut gemeinte Kritik dankbar sein. Darin liegt eben der entscheidende Unterschied, ob Kritik in freundschaftlichem Geiste und in der Absicht, der Sache zu dienen, geübt wird, oder ob Gehässigkeit und Verblendung die Triebfeder ist. Die Festigung des Vertrauens zwischen Mitgliedschaft und Führerschaft ist eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Gewerkschaften und damit der Arbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften sind den sozialistischen Gewerkschaften auf diesem Gebiete ein großes Stück voraus und es ist kein Zufall, daß sie bei den großen Auseinandersetzungen in der Arbeits- und Lohnfrage letztlich in der Metallindustrie tonangebend waren.

Lohnreform

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Jesuitenpater Saedler in der „Essener Volkszeitung“ in den Nr. 155/156 zwei Artikel, die ohne Zweifel von ehrlicher Ueberzeugung und gutem Willen, der Arbeiterbewegung zu helfen getragen wird, die aber nach manchen Seiten hin infolge einer etwas einseitigen Stellungnahme zu den Lohnproblemen leider geeignet sind, mehr dem Unheimertum als der Arbeiterbewegung zu nützen. Der Verfasser bemüht sich in den Artikeln ernstlich, seine ganze Kraft für die kinderreichen Familien einzusetzen.

Ohne auf die in den Artikeln zur Debatte stehenden Fragen: Zeitungslohn oder Familienlohn vorläufig einzugehen, können doch eine Anzahl Ansichten in den Artikeln nicht unwidersprochen bleiben.

Der Verfasser ist der Meinung, daß wir unseren verlorenen Weltmarkt „nur wiedergewinnen“ können bei niedrigen Löhnen und daß Deutschland auf lange Zeit hinaus das Land niedriger Löhne bleiben müsse. Der Verfasser verschweigt, ob es sich bei den niedrigen Löhnen um Nominal- oder um Reallöhne handelt, denn bekanntlich ist ja nicht für den Lohn entscheidend die Höhe, sondern die Kaufkraft. Man gibt sich aber einer unheilvollen Täuschung hin, wenn man glaubt, mit niedrig gehaltenen Löhnen eine Arbeiterbewegung heranzuziehen, die fähig ist, den Weltmarkt wieder zu erobern. Das das nicht mit Massenware, sondern mit Qualitätsarbeit geschehen muß, steht außer Zweifel. Wie aber will man eine Qualitätsarbeit erzielen ohne eine Qualitätsarbeiterbewegung? Diese gibt es nicht ohne Qualitätslohn. Oder glaubt jemand, daß ein in seinen Einkommensverhältnissen niedrig gehaltenes Volk, das dann stets der Tuberkulose und dem Hungerodem nahe ist, Qualitätsarbeit leisten kann.

Ebenso unhaltbar wie die Ansicht, daß nur mit niedrigen Löhnen der Weltmarkt erobert werden könnte, ist eine andere, daß der heute gezahlte Lohn für große Teile der Arbeiterbewegung ausreichend sei. Wir sind doch offen gesagt etwas erstaunt über eine solche Behauptung und wir müssen sie schon mehr als ernstlich bestritten. Der Durchschnittswochenlohn in meisten Bezirken der Metallindustrie liegt heute kaum über 30 Mark. Die Spitzenlöhner in manchen Berufen können hierbei nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die vom Verfasser aus dem obigen gezogenen Schlussfolgerung, daß für ledige, kinderlose und Einkindfamilien damit „jeder weitere Anspruch auf Lohnerhöhung völlig entfällt“, müssen wir schon in das Reich der Theorie zurückweisen, wir bedauern aber, feststellen zu müssen, daß eine solche Stellungnahme nur Wasser auf die Mühle einer gewissen Arbeitgeberbewegung liefert und auch den kinderreichen Familien, denen der Artikel dienen soll, erst recht das Brett wegzieht, auf dem sie stehen.

Wie sich der Verfasser die Frage vorstellt, daß „die Kinderlosen wegen der Verdienstmöglichkeit der Frau, falls diese gesund ist, den ledigen gleichzustellen ist“, bleibt uns schleierhaft. Soll diese verheiratete Frau vielleicht in die Fabrik gehen, den Straßenschildern nachsehen, Zeitungen verkaufen und ihr Hauswesen dabei vernachlässigen? Dagegen müssen wir uns entschieden wenden. Was man bei den Forderungen des Kommunismus ablehnt, kann man nicht wegen einer lieb gewonnenen Idee propagieren.

Wir stehen mit dem Verfasser durchaus auf dem Standpunkt, daß für die kinderreichen Familien viel mehr geschehen muß, als bisher. Da genügt ja nicht allein das Entgegenkommen bei der Einkommensteuer. Denn was man den kinderreichen Familien dort zugute hält, schlägt die Unschaffsteuer, Mietzinssteuer, die hohen Preise für Lebensmittel, Schuhe, usw. vollständig wieder kaputt. Da muß von Staatswegen der Hebel angefaßt werden, um

durch eine sehr verbilligte Lieferung von lebensnotwendigen Artikeln für die kinderreichen Familien den Reallohn zu heben. Das wäre ein wirklich dankbareres soziales Betätigungsfeld für die Kommunen, das sich auch wirtschaftlich besser bezahlt machen würde, als manches Theater oder Stadion.

Der Gesamtartikel in der „Essener Volkszeitung“ ist nicht dazu angetan, der Arbeiterbewegung zu helfen und in der rauhen Wirklichkeit gewinnt oft manches gutgemeinte Wort gefährlichere Folgen, als es in einer stillen Studierstube scheinen mag. Und eben deswegen müssen solche Aufsätze, auch wenn sie von wirklich sozial denkenden Männern verfaßt worden sind, abgelehnt werden.

Der Mohr kann gehen

Unser Christlicher Metallarbeiterverband ist stets mit allem Nachdruck für die in Blei-, Zinn-, Zinn- und ähnlichen Betrieben beschäftigte Arbeiterbewegung eingetreten. Noch auf seinen beiden letzten Generalversammlungen verlangte er erweiterten gesetzlichen Schutz für diese Arbeiter und die Anerkennung ihrer Berufskrankheiten als Betriebsunfälle. In seinem jüngsten Antrag an die Reichsregierung forderte unser Verband ferner für diese Arbeiter die verlässliche sanitäre Arbeitszeit. Wie berechtigt dieses Verlangen ist, zeigte u. a. nachstehender Anschlag der „Gewerkschaft Carl“ in Bochum:

„Nach Angabe des Kreisarztes, dem die gesundheitliche Ueberwachung der Bleiarbeiter obliegt, sind alle Leute, die sich Blei- oder Zinnkrankheit zuziehen, nicht mehr mit Bleiarbeiten zu beschäftigen.“

Blei- oder Zinnkrankte werden deshalb künftig entlassen, können erst wieder eingestellt werden, wenn sie ein vom Kreisarzt ausgefertigtes Gesundheitsattest beibringen.“

Also Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, deine Gesundheit, wenn nicht dein Leben für uns eingeseht, du kannst nun — geh! Gegen solche Dr. Eisenbart-Kuren muß entschieden Stellung genommen werden. Wir verlangen, daß den Anträgen unseres Verbandes stattgegeben wird. Den Betriebsvertretern der benannten Arbeiterbetriebe erwächst aber auch die Pflicht, für einen nachdrücklichen Protest in Form eines eigenen Beschlusses und des ihrer Mitarbeiter einzusetzen, insbesondere auch durch den Entlassungsschutz des B. A. G. Jedes können alle diese Bemühungen nur dann erfolgreich werden, wenn die Kollegen in den Blei-, Zinn- und Zinkbetrieben wieder tatkräftig und geschlossen in unserem Verband mitwirken, denn durch die Selbsthilfe ist das beste Kraut gegen solche Schicksalschläge gewachsen!

Arbeitermartyrium im „Arbeiterparadies“

Auf dem dieser Tage beendeten 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale waren die deutschen Delegierten Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Das hatte seine guten Gründe. Wurde doch vor kurzem in der theoretischen Zeitschrift der Kommunisten, der „Internationale“ die deutsche Revolution als die Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnet. Sie ist für russischen Sowjetismus die letzte Karte, auf die die Bolschewiki wie verzweifelte Spieler alles setzen. Die deutsche Revolution oder das, was sie so nennen, muß unter allen Umständen herbeigeführt werden. Dem entsprechend werden denn auch von den deutschen Kommunisten allerhand Vorbereitungen getroffen, um die deutsche Revolution herbeizuführen als engültigen Uebergang zur Weltrevolution und Begründung der Vereinigten Sowjetrepubliken Europas. Und dann kommt, die Befreiung des Proletariats von den Fesseln des Kapitalismus und hinterher winkt das Weltparadies des Bolschewismus.

Dieser herrscht bereits in Rußland und sehnsuchtsvoll sind dahin die Blicke des deutschen Kommunismus gerichtet. Wie liegen nun aber in Wirklichkeit die Dinge in dieser Hochburg des Kommunismus und der menschenbeglückenden 3. Internationale. Wie ergeht es dort dem Arbeiter, für deren Befreiung die Internationale zu kämpfen vorgibt? Man müsse glauben, daß wenigstens das Proletariat Rußlands, in dessen Namen die Sowjetregierung ihr Regiment führt, hinter ihr stehe, daß wenigstens diese Bevölkerungsklasse sich mit der Diktatur der kommunistischen Partei ausgesöhnt habe. Aber weit gefehlt! In einem Artikel, den soeben der sozialistische „Vorwärts“ veröffentlicht unter dem Titel „Arbeitermartyrium in Sowjetrußland“, heißt es wörtlich: „Sieht man sich die Tatsachen näher an, so erhält man ein Bild, das jeder Beschreibung spottet, ein Bild, das alles, was das Jarenregime gekannt hat, weit in den Schatten stellt. In allen Ecken und Enden Rußlands lodern Flammen und klammern der Volksempörung empor. Das Feuer wird auf kurze Zeit mit Blut gelöscht. Blut aber ist nicht Wasser, — statt zu löschen, zündet es immer von neuem und immer weitere Brandherde entstehen.“

Im Lande des Arbeiterparadieses sind nach der Darstellung des sozialistischen Zentralorgans Arbeiterstreiks nur so an der Tagesordnung und häufen sich von Tag zu Tag. Die kommunistische Zentralgewalt hat in ihrer Bekämpfung in Beratungen besondere Mittel zur Bekämpfung dieser Streiks festgelegt. Aus sicheren Truppenteilen schuf man spezielle Militärformationen, deren Aufgabe es ist, in den Industrieregionen der Ucheta (kommunistische Mordorganisation) zur Bekämpfung der Streiks zur Seite zu stehen. Unzuverlässige Truppenteile hat man aus den Hauptstädten in die Provinz verlegt. Die Gärung in der roten Armee, die nicht selten auf die Arbeiter zu schiefen sich wippen, begegnete man durch zahlreiche Verhaftungen. Laut offiziellen Berichten des Obersten Wirtschaftsstates an das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei streiken zum 25. April 26. Zs. in dem Petersburger Kanons 62, in Iwanow-Wosniezensk 13 im Industriemont von Kostroma 6 von Wladimir 16, auf dem Ural 21, auf dem Don 6, auf der Ukraine 71, an der Wolga 29,80 Prozent aller staatlichen Betriebe. Die Ursachen für diese Arbeiterkämpfe sind mannigfaltiger Natur. In erster Linie aber handelt es sich

um die Verzögerung in den Auszahlungen von Löhnen durch den Staat. Vom Urteil werden Streiks gemeldet, deren Ursachen in einer nur 25proz. Auszahlung von Arbeitslöhnen lag. Verhaftung, Verbannung, Erschießung sind überall auf der Tagesordnung. So sorgt das Mütterchen Sowjetstaat für seine Arbeiter in den staatlichen Betrieben.

Noch schlimmer mitleidet aber die Sowjetregierung gegen die Arbeitslosen, für die die Kommunisten in Deutschland bekanntlich ein so warmes Herz haben. Die Arbeitslosigkeit in Rußland nimmt täglich zu. So hat die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg der „Browda“ gemäß im Mai 148 000, gegen 127 000 im Januar betragen. Die Unterstützung, die man ihnen gewährt, ist dagegen völlig ungenügend. Auf dem Urzettel erhalten bei 65 000 Arbeitslosen nur 7 Prozent derselben Unterstützung. Wie groß die Not der Arbeiter ist, erhellt aus einem offiziellen Bericht des Vertreters des Metallarbeiters in Jekaterinoslaw. Es hieß darin: Die Frauen geben sich der Prostitution hin, Diebstähle und Banditismus sind an der Tagesordnung, die Selbstmorde häufen sich. Der Staat hat kein Geld für die Arbeitslosen, weil er es für die Propagierung der Weltrevolution veranschlagt. Dagegen werden aber diese Not Mittel an, zu denen sich kein kapitalistischer Staat erdreisten würde. Die Arbeitslosen werden zwangsweise aus ihren Wohnorten hinausgewiesen, ihre Hilfsorganisationen werden aufgelöst, man verweigert sich sogar dazu, wie es beim Präsidium der Moskauer Sowjets der Fall war, die Anweisung zu erteilen, nur den Arbeitslosen Unterstützung angedeihen zu lassen, die entsprechende Ausweise von den kommunistischen Zellen vorzulegen imstande wären. Die Folge davon sind Demonstrationen von Arbeitslosen, die blutige Opfer von beiden Seiten kosten. Die Sowjetregierung war trotz der zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern am Vorabend des 1. Mai machtlos, feindliche Demonstrationen an diesem Tage zu verhindern, so wiesen Moskau und Petersburg den offiziellen Maidemonstrationen parallel laufende wahrhaftige revolutionäre Arbeiterdemonstrationen auf.

„So sieht“, schließt das sozialistische Zentralorgan seine eingehenden Darlegungen, „es in Wirklichkeit in Sowjetrußland aus. So ist das Maximum des russischen Arbeiters. Das sind Tatsachen, die man zwar leugnen, aber nicht umgehen kann. Eine Regierung, die derartige Greuel zuläßt, ist keine Arbeiterregierung. Eine Internationale, die diese Greuel deckt, ist keine Arbeiterinternationale. Es ist an der Zeit, daß dem deutschen Arbeiter internationaler noch Moskau folgt, endlich die Augen aufgehen, so wie sie dem russischen Arbeiter bereits aufgegangen sind.“

Bei uns laufen 3½ Millionen kommunistischer Wähler sogenannten „Führern“ nach, die ihnen weder helfen können, noch auch helfen wollen. Ihre Vertreter, die einzigen Vertreter des Proletariats, hängen an einem Narrenseil, mit dem Moskau spielt, sich unterhält und belustigt. So wird aus dem Trauerspiel die Komödie.

Arbeitsgemeinschaft wie Bertelmann sie auffaßt

Ein sonderbarer Geist der Arbeitsgemeinschaft machte sich gegenlich der letzten Verhandlungen für die Hiesiger Metallindustrie vor dem Schlichtungsausschuß in Hagen geltend:

Zur Verhandlung standen die Lohnfragen in der Metallindustrie Hemer und Herloh.

Während nun der Vertreter der Arbeitgeberseite für den Fabrikantenverein Hemer in vornehmer sachlicher Form die schwierige Lage der Industrie schilderte, glaubte der Vertreter der Arbeiterseite für Herloh, Herr Bertelmann, seiner Sache am besten zu dienen, wenn er in unvernünftiger Weise gegen die Gewerkschaften und ihre Führer loswetterte. Seine Ausführungen gipfelten darin:

Die unvernünftigen Gewerkschaftsführer seien Schuld am Zusammenbruch der Wirtschaft, sie hätten kein Verständnis für die Wirtschaft und auch in den letzten Jahren nichts hinzugelehrt.

Nicht die Arbeiter stellten Lohnforderungen, sondern die unvernünftigen Gewerkschaftsführer. Die Arbeiterchaft habe sich freiwillig bereit erklärt, 10—20 % pro Stunde billiger zu arbeiten.

Daß die Christlichen Gewerkschaften und ihre Führer Verständnis für die Belange der Wirtschaft haben, hat sich bei mancher Gelegenheit gezeigt. Wir erinnern nur an die grundsätzliche Einstellung der Christlichen Gewerkschaften gegenüber der Gesamtheit des Volkes. Ueber die Einzelinteressen eines Berufs oder einer Berufsgruppe haben sie immer das Gesamtinteresse gestellt. Schwere und schwerste Opfer sind dabei von der Mitgliedschaft verlangt und gebracht worden.

Bei wilden Streiks, politischen Putzsch, Raifeiern, die von kapitalistisch-kommunistischer Seite aufgejogen wurden, waren es immer wieder die Führer und Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften, die mit Erfolg diese Erschütterungen von der Wirtschaft fernhielten.

Wenn nun die Gewerkschaften und ihre Führer verlangen, daß entsprechend der Notlage und Opfer, der Arbeiterchaft auch der gerechte Anteil am Gewinn gegeben wird; ein Gewinn ist es, wenn in fast allen Industriezweigen eine Steigerung der Leistung um 40—60 Prozent festgestellt wird, ist das keine Unvernunft oder Unverschämtheit, sondern ein gutes Recht, das zu verlangen.

Wie nun die Freiwilligkeit aussieht, von der Herr B. sprach, soll folgendes bemerken:

Bei der Fa. Eichelberg & Comp. wurden am 28. 5. 24 neun alte Arbeiter entlassen. Am 30. Juni wurden weitere 24 Arbeiter gefeuert. Die Kernmacher und andere wurden vor die Wahl gestellt, entweder 10—20 % billiger zu arbeiten, oder sie mühten auch aufhören. Dem Betriebsrat der Firma wurde erklärt, wer nicht billiger arbeiten will, kann sofort aufhören, die Leute könnten ja dann zu den Gewerkschaftsführern gehen und holen sich da ihr Geld.

Die Arbeiterchaft aber weiß, was sie an ihrem Christlichen Metallarbeiterverband hat und wird auf diese Gefahr schon die richtige Antwort geben. Sie wird immer mehr dafür sorgen, daß der Christliche Metallarbeiterverband auch in Herloh gestärkt wird um so der Willkürherrschaft eines brutalen Unternehmertums den richtigen Damm entgegenzusetzen.

Wir erinnern uns noch sehr gut, daß in gewissen Umsturztagen Herr Bertelmann um gut Wetter anhalten konnte und sogar von Arbeitsgemeinschaft sprach. Sein heutiges Verhalten zeigt, wie er sie „auffaßt“. Nachdem ihm die Arbeitsgemeinschaft als Schutz gegen Hagelbeschlag gedient hatte, konnte sie ja in die Erde geworfen werden. Darin hat er ohne Zweifel eine gewisse Behutlichkeit mit dem bekannten Kletter, der in den Tagen des Kapp-Putschs versicherte, daß er sogar sozialistisch gewählt habe, und daß ohne die Arbeiterchaft in Deutschland nichts zu machen sei. Heute will der gleiche Kletter die Gewerkschaften zerstückeln. Herr Bertelmann scheint großen Wert darauf zu legen, in die „Wahlhalle“ sozialpolitischer Reaktionäre zu kommen.

Achtung! Betriebsvertreter!

Wie schon an anderer Stelle in heutiger Nr. mitgeteilt wird, besteht die große Gefahr, daß stellenweise die Rechte des B. R. G., die von unten zerrüttet werden konnten, drauß und dranhin von oben zerrüttet zu werden. Im ureigenen Interesse der Arbeitnehmerchaft, ihrer Familien und unserer Wirtschaft muß dieses vermieden werden. Die Gefahr, daß stellenweise Betriebsvertreter nur noch ein Schattenwesen fristen, liegt nicht unwesentlich am Vergehen weiterer Arbeiterkreise, die ihrer Organisation lau gegenüber und somit auch nicht mehr hinter ihren Betriebsvertretern stehen. Soll dieser Zustand behoben werden, soll die Arbeiterchaft nicht noch tiefer sinken, so werden die Betriebsvertreter mit dem Verband noch mehr gemeinsam arbeiten müssen.

Um dieses zu ermöglichen, ersuchen wir noch einmal alle aus der letzten Neuwahl hervorgegangenen Betriebsräte, Arbeiterkreise und Betriebsabteilungen unserer Verbände ihrer Verwaltungsstelle, bzw. ihrem zuständigen Sekretariat oder ihrer Bezirksleitung, die Ergebnisse der letzten Betriebsräte neuwahl mitzuteilen. Ferner auch die genauen Adressen der Gewählten. Dieses ist auch schon aus dem Grunde notwendig, um all diesen gewählten Betriebsvertretern rechtzeitig die „Betriebsrätepost“ und sonstiges Material zustellen zu können. In Anbetracht der Wichtigkeit ergeht allerwärts an unsere Betriebsvertreter und Betriebsvertrauensleute das dringende Ersuchen, dieser Anregung zu folgen, damit von unseren Verwaltungsstellen Bezirken und von der Hauptleitung aus die weiteren Maßnahmen im besagten Sinne getroffen werden können.

Wie hebt Rußland die Produktion?

In dem offiziellen kommunistischen Organ „Browda“ ist folgende Erklärung des Wirtschaftskommissionärs der Sowjetrepublik, Derschisli, zu dem Problem der Arbeitslöhne veröffentlicht: „Die Arbeiter können eine Steigerung ihrer Lohnbasis nur durch eine Steigerung der Produktivität und durch eine Herabsetzung der Produktionsausgaben erlangen. Nur wenn jeder einzelne Arbeiter mehr arbeitet, kann sein Lohn steigen, wenn zwar nicht direkt durch eine Erhöhung des Nominallohnes, so doch indirekt durch eine größere Kaufkraft des Gehalts im Wege der Verbilligung der Produktion. Der Arbeiter selbst verbilligt durch jede Mehrarbeit das Produkt und erhöht somit automatisch die Kaufkraft seines Gehalts.“

Die Macht der natürlichen Wirtschaftsgesetze hat die Sowjetrepublik gezwungen, von ihren früheren Lehren abzuweichen. Sie verlangt von den Arbeitern auf dem Wege der Mehrarbeit, das Produkt zu verbilligen. Was sagen dazu die Herren Kommunisten in Deutschland? Es wäre dringend erwünscht, daß solche Neuheiten führenden Persönlichkeiten der russischen Regierung auch der Arbeiterchaft anderer Länder weitgehendst zur Kenntnis gebracht würden. In den kommunistischen Blättern werden sie natürlich aus leicht verständlichen Gründen systematisch verschwiegen.

Die Entwicklung der Tarifverträge

Im Reichsarbeitsblatt ist die neueste amtliche Statistik über die Entwicklung der Tarifbewegung veröffentlicht, welche den großen Aufschwung des Tarifwesens zeigt.

Vor dem Kriege wurde das Arbeitsverhältnis in Handel und Industrie hauptsächlich durch den freien Arbeitsvertrag geregelt. Der Tarifvertrag spielte für das Wirtschaftsleben eine ziemlich unbedeutende Rolle, mit Ausnahme einzelner Gebiete, wie Baugewerbe usw.

Die Sachlage änderte sich nach Ausbruch der Revolution. Am 15. November 1918 wurde zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Abkommen geschlossen, wonach die Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer zu regeln waren. Diesem Abkommen folgte die Verordnung vom 26. Dezember 1918, die erste gesetzliche Regelung des Tarifwesens.

Die amtliche Statistik zeigt die gewaltige Konzentration der Tarifbewegung, die vor allem dadurch hervorgerufen wurde, daß an Stelle der für einzelne Firmen und Orte gültigen Tarife mehr und mehr Tarife für größer Bezirke traten.

Die Ausbreitung der Tarifbewegung ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

	Zahl der erfaßten Betriebe:	Zahl der unter Tarif stehenden Personen:
1918	107 503	1,1 Millionen
1922	890 237	14,3 Millionen

So erfreulich diese Tatsache an sich ist, so darf die Arbeiterchaft doch nicht vergessen, daß 1. das Tarifwesen aus der noch oft rohen Form in manchen Industrien herausgehoben wird und 2., daß sie sich energig mehrten muß, wenn sie sich das Tarifwesen nicht sabotieren lassen will.

Wird das Methode?

Manche Schlichter und Schlichtungsausschüsse lassen sich in der letzten Zeit gegen die Arbeiterchaft auf den Kopf stehen und gehen vor, was es bleibt zu überlegen, ob die Arbeiterchaft zu solchen Schlichtern überhaupt noch Vertrauen behalten soll. In Duisburg ging der Schlichter Dr. Seuler selbst unter das Lohnangebot des Unternehmers herunter und er, der als Ausgleichsperson fungieren sollte, leistete dem Unternehmern den größten Vorwurf. Ein ähnlicher Fall wird von einer Lohnstreikache des Zentralverbandes christlicher Fabrikarbeiter in Delmenhorst gemeldet. Am 1. Juli dieses Jahres fällt der Oldenburger Schlichtungsausschuß einen Spruch in der Lohnstreikache, wonach die Löhne reduziert wurden, trotzdem die Firma bereit war, höhere Löhne zu zahlen.

Man weiß wirklich nicht, was man zu diesem Vorgehen sagen soll. Denn dadurch wird — vielleicht unbewußt — gerade die Sabotage des Schlichtungswesens betrieben, die sich viele Unternehmernkreise so sehr wünschen. Weshalb die Arbeiterchaft, was sie dagegen zu tun hat?

Zur Wohnungspolitik

Karl Schirmer, M. d. R.

Ende Juni ist vom Reichstag der 11. Ausschuß für Wohnungswesen gebildet worden.

Von den in den Reichstag gewählten Mitgliedern des deutschen Gewerkschaftsbundes gehören diesem Ausschuß an die Kollegen: Abg. Behrens, Schirmer, Tremmel und Winnefeld. Schirmer ist stellvertretender Vorsitzender, Winnefeld Namensträger des Antrages Nr. 128 über die Außerkraftsetzung des Reichsmietengesetzes.

Dieser Antrag wird zweifellos eingehende und lebhafte Auseinandersetzungen im Ausschuß hervorrufen und Widerstand finden, da er die Mietjinsubstanz ab 1. Januar 1925 freigeben will, so daß der Marktpreis zur Geltung käme. Die Außerkraftsetzung des Reichsmietengesetzes vom 31. Dezember 1924 würde zweifellos zu diesem, in seiner wirtschaftlichen und politischen Tragweite noch nicht absehbar Ergebnis führen. Abg. Winnefeld will zwar, wie aus dem Artikel 2 seines Antrages hervorgeht, die Mieten nicht höher als auf die Höhe der Friedensmieteten bringen, bei der beantragten Aufhebung des Reichsmietengesetzes, die von anderer

Aus dem Leben eines Kupferatoms

Von Chemiker Dr. Viktor Kutter, Duisburg.

Was ich auf der Hütte erlebte.

IV.

28. März. — Ich befand mich also mit meinen früheren Kameraden zusammen; meine schöne Kristallgestalt, durch die ich anfänglich noch den anderen auffiel, vermiserte und zerfiel allmählich, so daß ich bald in der Verlebung versank und in der allgemeinen Masse unterging, deren Lebensschicksale ich nunmehr wieder teilte.

29. März. — Nach meinen Erlebnissen im Laboratorium glaubte ich, so ziemlich alles durchgemacht zu haben, was uns auf der Hütte etwa bevorstand; dieser Irrtum sollte bald in graulichster Weise zerstört werden. Wir wurden vermittelst einer Schwebbahn nach der Klotzerei gebracht, dort auf endlose Bänder ausgebreitet und auf diesen langsam durch die Prallhöhe der Rostlöfen spazieren geführt. Infolge der Hitze und der heimgewogenen Chemikalien entwickelten sich hierbei giftige Schwaden von Chlorgasen und diese Dämpfe von schwermetallhaltigen Verbindungen, die für den Organismus so schädlich sind, daß die Arbeiter hier nur mit zugebundener Nase und geschütztem Mund zu sehen sind. Nach vielen Stunden erst werden wir wieder aus dieser Hölle entlassen, nachdem die Prüfung ergeben hat, daß wir für die Laugerei reif sind.

30. März. — Vermittelst der bequemen elektrischen Schwebbahn fuhrten wir heute nach der Laugerei hinüber. Hier angelangt, wurden wir durch einen besonderen Raum aus unserer luftigen Höhe herabgeholt, und in das große hier befindliche Bassin hinabgelassen. In diesem Bassin befindet sich eine verdünnte Spezialflauge, die auf uns natürlich dieselbe Wirkung ausübte, die wir vom Laboratorium aus schon kennen: wir wurden langsam aber unabweislich aufgelöst, und so in eine konzentrierte kupferhaltige Lauge übergeführt, ein chemischer Prozeß, vor dem ja auch diese Laugerei ihren Namen „Laugerei“, erhalten hat. Von der Laugerei wurden wir in hölzernen Körben weitergeführt.

31. März. — Wir schwammen heute in der langen Holzrinne weiter und gelangten auf diesem Wege in die Zementation. Hier wurden wir in eine große Anzahl Holzbockstühle verteilt, die sogenannten Zementationsbockstühle, die eine Länge von etwa fünf Metern bei einer Breite von drei bis vier Metern besitzen; sie beherbergen in ihrem Innern große Mengen von Eisenblechabfällen und außerdem wichtige Stücke zum Umrühren der Flüssigkeitsmassen. In in den Bockstühlen immer wieder erneuert werden.

In diesen Holzbockstühlen entwickelte sich nun bald nach unserem Eintritt ein heftiger Kampf zwischen uns Kupferatomen

einerseits und den Atomen des Eisen andererseits, bei diesem Kampf treten die Kupferionen aus der Lösung heraus, und scheiden sich als metallische Eisenatome in Form von Eisen ab, während sie gleichzeitig die Eisenatome in Form von Zink in die Lösung hinein drängen, . . . ein Vorgang, der durch das stetige Umrühren, und dadurch, daß die Kupferkristalle sich immer wieder vom Eisen ablösen und zu Boden fallen; stetig erneuert und gefördert wird. Dieses Auscheiden des Kupfers durch das Eisen heißt „Zementation“, und der chemische Prozeß, der hierbei vor sich geht, wird durch folgende Gleichung dhiniert:



Das Wesen der Zementation besteht also darin, daß das Kupfer metallisch gewonnen wird, während die entsprechende Menge Eisen in Lösung geht. Dieses so gewonnene Kupfer, das „Zementkupfer“, ist als solches noch nicht brauchbar; es muß daher wie wir bald sehen werden, noch weiter verarbeitet werden.

1. April. — Der Zementationsprozeß dauert fort; auf dem Boden unseres Bockstuhls sammelt sich immer mehr Kupfer an, das eine schöne rötliche Farbe hat, und oberflächlich angesehen, wie ganz feiner Sand aussieht.

2. April. — Das sandförmige Zementkupfer wurde aus allen Bockstühlen der Station gesammelt und mittelst besonderer Pressen in Form von Ziegeln oder Backsteinen gepreßt.

10. April. — Da das Zementkupfer noch reichlich Verunreinigungen von Eisen, Mangan, Schwefel, Chlor und anderen Stoffen enthält, so ist es in dieser Form noch nicht für technische Zwecke brauchbar. Es bedarf noch eines Reinigungs- oder Raffinierungsprozesses, und aus diesem Grunde wurden wir gestern abend hierher in die Raffinerie gebracht. Diese Raffinerie ist eine große gedeckelte Halle, die nach einer Seite hin fast ganz offen ist, so daß die frische Luft dauernd und ungehemmt einströmen kann. Aber trotz der reichlichen Luftzirkulation herrscht hier eine außerordentlich hohe Wärme über die Bratenhitze in der Klotzerei schon aufgebracht, hier hatten meiner noch ganz andere Dinge, hier sollte ich erst erfahren, was ein Kupferatom auszuhalten überhaupt im Stande ist. Während ich mich noch erstaunt umsieh, wurde plötzlich an der hinteren Wand eine mächtig große Hitze ausgegossen, und aus dem so erschlossenen Raum drang eine endlose Gluthitze, daß alle Arbeiter zur Seite wichen. Die Menschen, die hier arbeiteten, waren alle rötlich und schwärzig, mit schmerzlichen Lederbürgen und großen Holzschuhen bekleidet, und waren vor ihren lodenden Glutöfen wie wahnwitzige Lebewesen anzusehen.

Ein solcher Teufel packte uns ganz unermutet und warf uns kurzerhand in den offenen Schmelzofen, mitten in das schon flüssige, brodelnde Schmelzgut hinein. Die Temperatur betrug etwa 1300 Grad, und wir zerschmolzen in dieser Hitze wie beinahe Butter. In der Hölle dieses Ofens wurden wir viele Stunden lang gehalten; während dieser Zeit verbrannten und fliegen die Verunreinigungen an die Oberfläche, und wurden dort mittels großer Schöpflöffel in die bereit stehenden Formen übergossen, wir wurden in runde, spitze Regel von zehn bis fünfzig Kilogramm Gewicht gegossen, ziemlich dicken Platten, den sogenannten Anodenplatten geformt wurden. Nach dem Erkalten wurden wir auf dem Hofe mit den anderen Vorräten aufgestapelt; um später als Raffinabekupfer, d. h. teuflich brauchbares Kupfer in eine neue Welt einzutreten.

Zweiter Teil.

Was ich in der technischen Welt erlebte.

18. April. — Heute wurde ein großer Teil von uns, und zwar die sogenannten Anodenplatten, in große Eisenwannen verladen, um nach Hamburg zu reisen. Ich beneidete diese Kameraden lebhaft, nicht wegen der schönen Reise, sondern besonders, weil sie dort noch einem weiteren Reinigungs- oder Veredelungsprozeß unterzogen werden, so daß sie schließlich das reinste zur Verwendung gelangende Kupfer darstellen!

Dies weiß ich aus einem Gespräch zwischen dem Betriebsleiter und einem Assistenten, das ich heute morgen belauschte, und dem ich folgendes entnahm: das Raffinabekupfer enthält ca. 99,00 Proz. Kupfer und etwa 1,0 Proz. Verunreinigungen. Für diese Zwecke sind diese geringen Verunreinigungen nicht störend, in manchen Fällen jedoch bedarf man eines noch reineren Materials. Deshalb wird das Raffinabekupfer in Form von Anodenplatten noch einer zweiten Reinigung unterzogen. Dies geschieht auf elektrischem Wege, nach einem ähnlichen Prinzip, wie wir es im Laboratorium schon bei der Elektrolyse kennen lernten, und zwar wird dieser Prozeß in der Elektroaffinerie vollzogen. Dieses elektrisch gereinigte Kupfer heißt Elektroaffinerkupfer und hat einen Kupfergehalt von 99,9 Prozent, mit anderen Worten, es enthält nur ein Tausendtel seines Gewichtes an Verunreinigungen.

19. April. — Das Anodenkupfer ist in der Frühe, mit Sonnenanfang abgereift; ich bin begierig, was aus uns werden wird.

25. April. — Tags über kümmerlich sich niemand um uns, aber nachts werden wir von einem Wächter bewacht, damit wir nicht gestohlen werden! — Im übrigen ist es ziemlich langweilig.

3. Mai. — Heute morgen wurden wir sämtlich auf Postautos verladen, und nach den Arbeitsstätten eines benachbarten Kupfer-

Seite schon lange betrieben wird, würde aber die von Winckelmann gemittelte Schranke überrannt und die Lage der minderbemittelten Mieter zweifellos eine recht üble werden.

Es ist zweifellos ein großer Irrtum, anzunehmen, daß es möglich wäre, in der heutigen politisch unruhigen Zeit, bei den jetzigen Geld- und Kredit-Verhältnissen durch völlige Freigabe der Wohnungswirtschaft eine ausreichende Bautätigkeit bewirken zu können.

Die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft leugnen nicht, daß durch die lange Niedrighaltung des Wohnzinses ein Teil der Hausbesitzer, auch Wohnungsgenossenschaften in eine schwierige Lage gekommen sind und ihnen geholfen werden muß.

Bei dem jetzigen Stand des Wohnungsmarktes in Deutschland und der Lage der durch die Inflation entzogenen Mieter aller Grade kann eine völlige Freiwirtschaft unmöglich zugelassen werden.

Der Wohnungsausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seine wiederholten Rundgebungen zuletzt im Herbst 1923 wie im Frühjahr 1924 die Unmöglichkeit der freien Mietwirtschaft begründet und dargetan, daß dabei die Gesamtwirtschaft, wie Familien und Einzelpersonen zu Schaden kämen.

Es sind nicht nur geldlich interessierte Mieterkreise, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende, die zur Wahrung ihrer sozialen Belange den weiteren Schutz des Staates begehren.

Bei dieser ablehnenden Haltung gegen die Wohnungs-Freiwirtschaft und ungehemmter Mietinsubordination wird auch von den Führern der christlich-nationalen Arbeiterschaft der wirtschaftliche Grundgedanke anerkannt, daß die Wohnungswirtschaft sich schließlich wieder selber tragen muß und die Neubau- und Instandhaltungskosten der Wohnungen aus diesem selbst herausgewirtschaftet werden müssen.

werts gebracht. Gleich im ersten Fabrikhof wurden wir abgeladen; zunächst ganz nahe an der Kupferhütte. Ich hätte nicht geglaubt, daß dort solche Gegenstände des täglichen Gebrauchs angefertigt werden; da gibt es Bratpfannen und Kasserollen in allen Größen und Formen.

Auf der anderen Seite war die Rohrzieherei; da sah ich, wie Kupferrohre in allen Dimensionen hergestellt wurden, von den dünnsten, die nur einige Millimeter Durchmesser hatten, bis zu armstarken und noch größeren.

5. Mai. — Das Kupferwerk ist sehr ausgedehnt; heute kam ich in den inneren Hof und lernte hier weitere Verarbeitungsverfahren des Kupfers kennen. Da sah ich zunächst das Blechwalzwerk, wo die glühende Kupfermasse erst wie ein Pfannkuchen breitgedrückt, und dann immer weiter ausgewalzt wurde.

Ebenso interessant war die Drahtzieherei, in die ich selber zur Verarbeitung gelangte! Hier wurden Drähte von der Feinheit eines Seidenfadens bis zur Dicke eines Daumens hergestellt, und gleich auf Spulen oder Trommeln aufgewickelt.

Ein anderer sehr beträchtlicher Teil des hier erzeugten Materials wurde an die Post geliefert, und dort zum Aufbau des Telegraphen- und Telefonnetzes verwendet. Das war auch mein Schicksal! Ich wurde als besonders gutes Material zum Telephondraht bestimmt, in ein vornehmes Kleid von feiner grüner Seide eingespinnen und auf eine kleine elegante Spule aufgewickelt.

So bin ich also eine historische Persönlichkeit geworden!

Das Halsband der Reaktion

Der Arbeiterschaft das „schmerzstillende Halsband“ anzulegen, ist in den letzten Wochen immer mehr „Aufgabe“ der Schanzmachereikreise geworden. Ein Beispiel dafür:

500 Mark für jeden Einzelfall und pro Arbeiter 2 Mark Geldstrafe, bekommt jeder dem Verband Münsterländischer Textilindustrieller angehörige Arbeitgeber, der Arbeiter einstellt, ohne daß der frühere Arbeitgeber dieser Arbeiter damit einverstanden ist.

„Während schwebender Tarifverhandlungen dürfen Arbeiter anderer Mitgliedsfirmen nur mit deren Zustimmung eingestellt werden. Die Tarifverhandlungen gelten als in Schweben zwischen Kündigung eines alten und endgültigen Abchlusses eines neuen Tarifvertrages.

Seit einigen Monaten sind die Tarifverhandlungen in der Münsterländischen Textilindustrie in der Schweben und es ist möglich, daß die endgültige Lohnregelung noch einige Monate auf sich warten läßt.

Bei gutem Willen gehts

Nachdem für die Metallarbeiter des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes in der Lohn- und Arbeitszeitsfrage ein Schiedsspruch gefällt wurde, der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden war, ist die Ruhe in der Industrie wieder eingekehrt.

Ergebnis

über die Einhaltung des Berliner Arbeitsabkommens vom 13. Dez. 1923

Table with 7 columns: Name des Wertes, Zahl der Oefen, 25. 3. in Betrieb, Arbeiterschaft bei 8 Stund., Arbeiterschaft bei 10 Stund., gestellte Arbeiter, weitere Bemerkungen. Includes entries for Phönix Ruhrort, Rheinisch-Westfälischer Industriegebiet, etc.

Table for Thomaewerk with 7 columns: Name des Wertes, Zahl der Oefen, 25. 3. in Betrieb, Arbeiterschaft bei 8 Stund., Arbeiterschaft bei 10 Stund., gestellte Arbeiter, weitere Bemerkungen.

Table for Martinwerk with 7 columns: Name des Wertes, Zahl der Oefen, 25. 3. in Betrieb, Arbeiterschaft bei 8 Stund., Arbeiterschaft bei 10 Stund., gestellte Arbeiter, weitere Bemerkungen.

In einzelnen Fällen wurde Ablösung gestellt wie der vorliegende Bericht zeigt. Die Arbeitgeber behaupten nun, es gibt keine Arbeiter, die effektiv neun Stunden arbeiten. Wir gestatten uns deshalb einige Feststellungen zu veröffentlichen die von einem Ingenieur und einem Arbeiterratmitglied mit der Stoppuhr in der Hand vorgenommen worden sind, welche keine Einzelergebnisse bedeuten.

Mittelhammer am 16. Mai 1924.

Table with 2 columns: Time, Description of work. Includes entries like 6-6.5 Uhr Vorbereitung zur ersten Hitze, 6.5-6.46 Uhr Block gezogen und geschmiedet, etc.

die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter vermindert, Staats- und Kommunalgehälter für Arbeitslosenunterstützung erpariert. Es liegen eine Reihe von Fällen vor, wo den Arbeitslosen und Arbeitsuchenden Arbeitern eine Arbeitsaufnahme unmöglich gemacht wurde mit dem Hinweis, ihre frühere Firma wolle sie nicht beschäftigen.

Die Auffassung in Arbeitgeberkreisen geht also sogar dahin, daß die Arbeitgeber nur noch über hörige Arbeiter verfügen wollen, wenn sie ihnen keine volle oder gar keine Beschäftigung mehr geben können und sie ihnen für diese Zeit selbstverständlich auch keinen Lohn zahlen.

Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes verstößt gegen die guten Sitten. Legen sich die Arbeitgeber nicht die Frage vor, daß sie verpflichtet sind, die Schäden, die sie den einzelnen Arbeitern zufügen, zu ersetzen, auch dann zu ersetzen, wenn sie aus irgendwelchen Gründen nicht gerade gerichtlich dazu belangt werden können?

Daß die Arbeiterschaft über solche Maßnahmen in Erfüllung der Pflicht gerät, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Aber die Erbitterung hilft nicht, wenn nicht die Organisation dahinter steht.

Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!

Table with 2 columns: Time, Description of work. Includes entries like 12,10-1,05 Uhr Pause, 1,05-1,40 Uhr Block gezogen und geschmiedet, etc.

Table with 2 columns: Time, Description of work. Includes entries like 8 Uhr bis 8,35 Uhr = 35 Minuten, 11,15 Uhr bis 11,18 Uhr = 3 Minuten, etc.

oder bei 12stündiger Arbeitszeit eine Pause von 2 Stunden und 10 Minuten.

Trotzdem nun ein Vertreter der Firma selbst zugeben mußte, daß diese Arbeiter mehr wie neun Stunden arbeiten müssen und trotzdem ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch vorliegt, der die effektive neunstündige Arbeitszeit in den Hammerwerken vorsieht, wird doch den Arbeitern nicht die neunstündige Arbeitszeit gewährt.

Um der Öffentlichkeit einen Einblick zu geben wieviel Arbeiter notwendig sind, um die durchgehenden Produktionsbetriebe in der Schwerindustrie die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, lassen wir eine eingehende Uebersicht über die am Hochöfen beschäftigten Arbeiter folgen.

Uebersicht über die in den Hochöfenbetrieben beschäftigten Arbeiter

Table with 12 columns: Name des Wertes, Zahl der Oefen, 1. Oefenmeister, 2. Oefenmeister, 3. Oefenmeister, Schichtwärter, Erzfahrer, Kofsfahrer, Schlichtenschieber, Buntmetall, Silberräger, Walzmetall, Pflanzmetall, Insgesamt. Includes entries for Henrichshütte, Dortmund, etc.

An den 15 Hochöfen der verschiedensten Werke sind 322 produktive Arbeiter beschäftigt. Im Durchschnitt also an jedem Hochöfen 21 Arbeiter. Wenn nun tatsächlich von den 78 vorhandenen Hochöfen 60 in Betrieb sind, so ergibt sich eine Belegschaftsziffer von 21 mal 60 sind 1260 Arbeiter, in doppelter Schicht 2520, in dreifacher Schicht plus 1260 sind insgesamt 3780 Arbeiter.

Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik

Von Prof. Dr. Götz Brieß.

Als die im „Echo-Verlag“ erscheinenden „Bücher der Arbeit“ (Herausgeber Eduard Herzog und Georg Wobler) hat Prof. Brieß den 10. Band geschrieben, der eine glänzende Aufnahme durch die Kritik erfahren hat. Prof. Brieß steht heute im Vordergrunde gegen die einbrechende soziale Reaktion und er ist bei einem großen Teil des deutschen Unternehmertums und besonders bei der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ bestgehäuter Mann. Prof. Brieß kann das bei der heutigen Stellung vieler Schichten des Unternehmertums nur als ein Lob ansehen; andererseits haben aber auch alle sozial denkenden Kreise die Pflicht, für solche Männer wie Prof. Brieß ganz energisch einzutreten. Wir hatten es aus den angegebenen Gründen für angebracht, aus keinem Buch „Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik“ einige Grundgedanken wiederzugeben. Wie sich mit Sozialpolitik Beschäftigten können an dem Werk von Brieß nicht vorbeigehen. Die Red.

1. Die Wirtschaft ist nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie ist Unterlage des einzel menschlichen Lebens, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und der Macht des Staates, in weiterer Hinsicht der Gerechtigkeit und Kultur, die fast immer irgendwie an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden sind. Damit ist gesagt: das massige Nur-Produktionsideal, das so vielfach bemüht und unbedacht die Köpfe beherrscht, ist falsch. Der Kauf der „fabelhaften“ Produktionsziffer und des hohen Verbrauchs ist der Ausdruck eines irgeordneten Wertbewusstseins, das alles Gefühl für Qualitäten verloren hat und einer zweifelhaften Romantik des Qualitäts-erfolges huldigt.

2. Wenn die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern Dienerin überlegener Werte, so folgt daraus, daß auch die Wirtschaftspolitik nicht einen letzten gültigen absolut eigenen Wert habe, sondern ihre Ziele und ihre Mittel immer an übergeordneten Werten und Zwecken ausrichten müsse. Kein geringerer als Bismarck sprach den Gedanken aus, daß der Kurs der Staatspolitik keine Kreuzung durch wirtschaftspolitische Zielsetzung ertrage, man müsse, um nicht in den offenen Gegenjah zu England zu treiben, der Industrie „den Zaum anlegen“. Durchaus zutreffend, denn die Werte Staatspolitik und politische Daseinsicherung des Volkes sind wichtiger, als etwa die Werte Höchst-Produktivität und Höchst-Erport. Das gleiche gilt für die Gesundheit, Gerechtigkeit und Kultur des Volkes: sie können nicht dem Ideal der hohen Produktionsziffer oder des höchsten Konsums geopfert werden. Volkswirtschaftspolitik ist eben nur eine Richtung des menschlichen Handelns nach Werten und Zwecken; sie bedarf der Anordnung und Angleichung innerhalb des Gesamtsystems des Handelns. Die Erfahrungen beispielsweise der Sozialpolitik im 19. Jahrhundert haben gezeigt, daß diese Einordnung der Volkswirtschaftspolitik unter die übergeordneten Werte der Volksgesundheit und Volksgerechtigkeit nicht eine bloße Theorie sind, sondern einer mit klaren sinnen vollen Ordnung der Werte entspricht; ihre Mißachtung droht letzten Endes den Bestand von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft selbst zu gefährden. Das ist eine Erkenntnis, erwachsen und vielfach bestätigt auf dem Boden des schrankenlosen Wirtschaftsindividualismus, der ein fester Bestand des Wissens und eine Richtschnur des politischen Handelns für immer sein sollte.

3. Die allgemeine Bedeutung der Wirtschaft für das politische, kulturelle, sittliche und geistige Dasein eines Volkes ist so schwerwiegend, andererseits greift die wirtschaftliche Verfügungsmacht, zumal im Zeitalter des Großindustrialsmus und der Arbeiterbeere, so stark in das öffentliche Leben ein, daß die öffentliche Hand um ihr Selbst willen und wegen der von ihnen vertretene Zwecke keine grundsätzliche Immunität der Wirtschaft anerkennen kann. Anders ausgedrückt: die individualistische liberale These vom reinen Rechtsstaat, der der Wirtschaft gegenüber keine Aufgaben und keine Eingriffsrechte habe, ist unhaltbar, weil die gesellschaftliche Wirtschaft eben keine private Angelegenheit ist. Oder wer will im Ernst behaupten, es sei eine reine Privatangelegenheit, wenn die Industrie das flache Land entvölkere, in den Großstädten unerhörte und vielfach sehr bedenkliche Zusammenstellungen von Menschen schaffe, Gesundheit und Lebenskraft von Kindern, Frauen und Männern gefährde, Zehntausende von Arbeitern je nach dem Wellenschlag der Konjunktur an sich ziehe und abstoße, Verbände von einer Wirtschaftsmacht schaffe, die Staat im Staate bilden, und über die dauernden Wohlstandsgrundlagen großer Völker nach einseitig privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfüge? Private Wirtschaftsmacht ist in allen diesen Fällen so gigantisch zusammengewachsen, greift so weit in das Wohl und Wehe von Hunderttausenden und in das ganze öffentliche Leben ein, daß es ein fopistisches Spiel mit Worten ist, zu behaupten, hier handle es sich nur um Privatangelegenheiten, die den Staat und die Öffentlichkeit nichts angingen. Hippokratisch ist gewiß der individualistische Wirtschaftsgedanke, der die unbedingte Freiheit der Wirtschaft vom Staatseingriff vertritt, wohl verständlich; er ist die Reaktion auf die überspannte Zielgierigkeit des merkantilistischen Staates in wirtschaftlichen Dingen; aber es ändert nichts daran, daß die Reaktion nach der entgegengesetzten Seite hin weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Das formelle Recht des Staates zum wirtschaftlichen Eingriff ist über jeden Zweifel erhaben, die Pflicht zum Eingriff und die Grenzen des staatlichen Eingreifens im einzelnen Falle: das sind Fragen der praktischen Politik, die immer nur angefaßt der konkreten Lagerung der wirtschaftlichen Verhältnisse entschieden werden können.

4. Diese Anerkennung des Rechtes und der eventuellen Pflicht des Staates zum Eingriff in die Wirtschaft darf nun ihrerseits nicht überspannt werden. Sie darf nicht erweitert werden zur These, daß der Staat der Träger und das Subjekt der Wirtschaft zu sein habe. Mit anderen Worten, es darf das konkrete Wirtschaftsgeschehen nicht zur Spätere staatlicher Alleinverfügung und Alleinbestimmung gemacht werden. Das widerspricht sowohl dem Wesen des Staates wie dem der Wirtschaft. Der Staat ist eben nicht die erscheinende Daseinsform des Volkes und das Verwalterwerden ist eben nicht die entsprechende Form des Volkslebens. Der unmittelbare Zweck des Staates ist die öffentliche Wohlfahrt, sie hat die gesellschaftlichen in allen gemeinsamen Bedingungen der privaten Wohlfahrt (Wohlf.). Damit ist ein Doppelles gesagt: a) die private Wohlfahrt des einzelnen kann kein unmittelbares Ziel der staatlichen Tätigkeit sein; b) die öffentliche Wohlfahrt muß allen Staatsbürgern gemeinsam zufließen, keiner darf von ihr ausgeschlossen sein, keinen darf sie grundrechtlich oder nach Willkür bevorzugen. Wenn der Staat aber die Allgemeinbedingungen der öffentlichen Wohlfahrt zu stellen hat, so kann die Wirtschaft kein zweig staatlicher Administration sein. Innerhalb der staatlich zu erfüllenden Bedingungen der allgemeinen Wohlfahrt haben die einzelnen Privatwirtschaften ihr Privatwohl in freier Selbstständigkeit zu erwirken. Nur soweit sie dazu nicht imstande sind, kann öffentliche Hilfe eingreifen. (Wohlf.).

Diese Darlegungen sehen sehr theoretisch aus, aber sie haben den Boden der Erfahrungen unter den Füßen. Der Merkantilismus und die zünftige Räteverwaltung sind Beweise dafür.

5. Wir müssen noch eine Lastfrage erörtern, die uns die Grenzen des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete deutlich macht. Der Sachverhalt, daß die Wirtschaft zum Wirtschaften macht, ist die beständige Verfügung der Güter und der Mittel zur Erlangung von Gütern. Jedermann weiß aus Erfahrung, daß mit freien Gütern, die immer in beliebiger Menge und Verwendbarkeit zu Gebote stehen, nicht gewirtschaftet wird. So verhalten wir uns

Woblers Auffassung, nur da von Wirtschaft zu reden, wo einem Bedürfnis oder einem Komplex solcher ein im Vergleich dazu nach der Schätzung des Handelnden knapper Vorrat von Mitteln und möglichen Handlungen zu seiner Deckung gegenüber stehe und dieser Sachverhalt Ursache eines spezifisch mit ihm rechnenden Verhaltens wird. Diese Voraussetzung aber für das „Haushalten“ mit den verfügbaren Mitteln ist der auf kein Haushalten gerichtete Wille. Wenn er fehlt, findet kein Haushalten, kein wirtschaftliches Umgehen mit den Mitteln statt. Worin liegt nun die Gewähr, daß mit den verfügbaren Mitteln möglichst wirtschaftlich umgegangen wird? Worin liegt die Gewähr, daß jeder einzelne sich bestrebt, möglichst rationell seine Kraft und den ihm verfügbaren Mittelvorrat zu verbrauchen? Natürlich kann die „Ökonomie der Mittelverwendung“ gesichert werden durch genaue Vorschriften in Verbindung mit weitgehender Aufsicht. Aber jedermann weiß wie weit diese Vorschriften und die Aufsicht bestenfalls reichen können; sie sind immer begrenzt. Je weiter sie reichen, desto unerträglich werden sie und desto mehr belassen sie die Wirtschaft als „rote“ Kosten. Ein anders und sicheres Verfahren ist die Interessierung der Wirtschaft, also heute vorzüglich der Arbeiter, an der zweckmäßigen Mittelverwendung; sie kann erfolgen durch Prämien, durch hohe Löhne, aber das wiederum sind Aufwendungen, die als Kosten auf die Produktion fallen und sie in ihrem Verlauf belassen. Das zuverlässigste Mittel ist das Selbstinteresse des einzelnen Wirtschafters. Wenn die mangelnde Ökonomie im Verbrauch und im Kraftschlag zu seinen eigenen Lasten gehen, richtet er seine Sorgfalt auf die möglichste Wirtschaftlichkeit des Verbrauchs, auf den höchsten Nutzeffekt des Aufwandes.

Verbandsgebiet

Aue (Erzgebirge). Arbeitgeber können auch für den nächsten Tag sein, so wie es ihnen in den Kram paßt! Von hier aus kann dazu folgende Probe geliefert werden. In der hiesigen Metallindustrie besteht die regelmäßige Arbeitszeit von 9 Stunden. Bei der Bezahlung der Stunden für Arbeiterferien zogen sich die Arbeitgeber jedoch auf den Achtstundentag zurück und wollten nur acht statt neun Stunden bezahlen. Erst durch Anrufung des Schlichtungsausschusses konnte die neunstündige Bezahlung erreicht werden. Aus allen Wäldern wird also Honig zu laugen versucht. Die Metallarbeiter sollten innerhalb des Verbandes ein ähnliches tun und sich stärker gegen solche Maßnahmen schützen.

Ferlohn. Der Christliche Metallarbeiterverband hatte für Freitag, den 4. Juli eine Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zum vom Schlichtungsausschuss gegen am 2. Juli gefällten Schiedsspruch im Lohnstreit für die Ferlohn Metallindustrie. Der vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedsspruch sieht vor, daß der bisherige Tarif ab 3. Juli wieder in Kraft geht. Die Versammlung bedauerte, daß der Schlichtungsausschuss die Not, in der sich viele Kreise der Arbeiterchaft befindet, nicht berücksichtigt, und einen derartigen Schiedsspruch gefällig hat. Die Stellungnahme des Arbeitervorstandes sollte bei der Versammlung größtes Widerstand auf und wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Entscheidung:

Die heute tagende Versammlung der Vertrauensmänner- und Betriebsräte des Christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem Vorgehen des Vorsitzenden des hiesigen Fabrikantenvereins, der mit allen Mitteln versucht, Mißständen zwischen Gewerkschaftsführern und Mitgliedern hervorzuheben. Sie protestiert ganz entschieden dagegen, daß nach Aussage des Herrn B. die Arbeiterchaft freiwillig bereit sei, 10-20 % pro Stunde billiger zu arbeiten. Im Gegenteil, es wird bestätigt,

Aufgaben unser Betriebsvertreter

Unsere Betriebsvertreter stehen vor vier großen Generalaufgaben: 1. Unsere Wirtschaft ist zu retten und wieder aufzubauen. Erst wenn dieses erreicht ist, kann ein wahrer Aufstieg der Arbeiterschaft erfolgen. Daneben sind die Reaktionsbedingungen möglichst zu erfüllen, damit wir auch wieder politisch selbständig und frei werden können. 2. In unserer schweren Notzeit ist das Leben und die Gesundheit der Arbeitnehmermassen über Wasser zu halten. Von 62,6 Millionen Einwohnern entfallen 36,6 auf die Arbeiter- und Angestelltenfamilien, deren Ernährer in Industrie und Bergbau, in Handel und Verkehr beschäftigt sind. 3. Große Arbeitnehmermehrheit und Fortschritte sind gegen soziale Reaktionsbestrebungen von oben und unten zu verteidigen und weiter zu erweitern. 4. Der sozialistische-kommunistische Idealismus hat uns Scherben über Scherben gebracht: haben Arbeitnehmermassen, die verzweiflungslos oder „gelb“ geworden sind und drüben solche, die im verderblichen Kommunismus und Anarchismus gelandet sind. Ohne kräftige Anspannung der Kräfte unserer Wirtschaft, der Betriebe und ihre Zwecke, ohne starke Gewerkschaften, tüchtigsten Mitteln der Arbeitnehmer und der gewählten gewerkschaftlichen Betriebsvertreter, können diese großen Generalaufgaben nicht erfüllt werden.

Für die Vertreter zeigt die Fülle der Aufgaben im einzelnen das B. K. G. Hieraus muß mehr Bezug genommen werden. Der Inhalt des Gesetzes ist eher auf ganze gehend und auf lange Sicht vorbereitet durchzuführen. Mißmut und Aufregungen bei Schwierigkeiten darf es nicht geben. Ebenso darf es auch im Betriebsratelieben kein Gelegenheitsarbeiten und keinen Feiertag geben. Durch die Neuregelung der Arbeitszeit, der Pausen, der Überzeitarbeit, durch die beliebte Abgrenzung der „effektiven“ Arbeitszeit usw., ferner durch die oft unumgängliche Produktions- und Arbeitschaft, die besonders in der Schwerindustrie vorhanden ist, stehen die Betriebsvertreter vor ganz neuen Aufgaben. Die verlängerte Arbeitszeit und gesteigerte Arbeitsintensität bedingt größeren Schutz von Leben und Gesundheit, gesteigerte Gesundheits- und Wohlfahrtspflege in den Betrieben. Die Betreuung der Jugendlichen, Alten, Weiblichen, Beschädigten und besonders der Lehrlinge in den Betrieben durch unser Betriebsvertreter ist je ein wichtiges Kapitel für sich. Wenn uns nur Qualitätsarbeit retten kann, dann wird besonders der Nachwuchs unserer Facharbeiter auch durch unsere Einwirkung noch gebessert werden müssen. Zumal auch, als die starke Abwanderung vor Facharbeitern zu einem wirtschaftlichen Verhängnis zu werden droht. Auswirkung und Sicherung der Tarifverträge, insbesondere hinsichtlich der Löhne, des Geld- und Zeitarbeits, des Urlaubes usw. erfordert nicht minder die ganze Kraft der Betriebsvertreter. Besonders ist auch das Koalitionsrecht, die Freiheit von ihnen zu wahren. Wie wollen unsere Pflichten nicht vernachlässigen, aber auch unsere Rechte nicht preisgeben noch verkümmern lassen.

Für die ersprießlichere Rätearbeit hat jedoch folgende Voraussetzung zu erfüllen. Zunächst müssen wir festen Boden unter den Füßen haben. Diesen gibt uns an erster Stelle das Gesetz. Es ist ihm mehr Achtung entgegen zu bringen und ihm eher die vielen guten als unvollständigen Seiten abzugewinnen. Rein

daß durch die Drohungen, auf die Straße geworfen zu werden, bis Arbeiterschaft einzelner Betriebe dazu gezwungen worden ist billiger zu arbeiten. Ebenso ist es unklar, daß die Forderungen auf Lohnerhöhung nur von den Führern der Gewerkschaft gestellt sei. Das Gegenteil ist wahr, die Mitglieder haben ihre Führer beauftragt, den Tarif zu kündigen und eine Lohnerhöhung zu beantragen, da die Arbeiterschaft nicht mehr in der Lage ist, mit den niedrigen Tariflöhnen sich und ihre Familien durchzubringen. Die Kaufkraft des Lohnes liegt heute noch 30-40 Prozent unter dem Lohn der Friedenszeit. Die Arbeiterschaft erhebt mit Recht Anspruch darauf, an dem Gewinn beteiligt zu sein, der durch die Verlängerung der Arbeitszeit und die damit verbundene 30-40prozentige Steigerung der Leistung erzielt wird. Die Versammlung spricht ihren Führern erneut das Vertrauen aus und stellt sich voll und ganz hinter dieselben.

Bekanntmachung

Sonntag, den 27. Juli ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Wexlar. Eure landwirtschaftliche Tierchau, genannt „Ochsenfest“, in Ehren. Die Arbeiterschaft in Wexlar soll jedoch nicht vergessen, daß derlei einmal mitgemacht werden kann, aber daß man darüber nicht seine gewerkschaftlichen Pflichten vergessen darf. Die Buderuschen Eisenwerke in Wexlar haben es auf ihrer Hauptversammlung klar ausgesprochen, daß die Gewerkschaften eines Tages freiwillig oder unfreiwillig von der Bildfläche verschwinden müssen. Es war eine böse Ironie, daß „Ochsenfest“ und Bericht der Hauptversammlung in der gleichen Nummer des Wexlarer Anzeigers stehen. Wenn die Arbeiterschaft in Wexlar nicht besser auf dem Posten ist, werden die Unternehmer der Arbeiterschaft einmal zu einem „Fest“ aufspielen, das dem Zusammenreißen beim Wexlarer Ochsenfest nicht unähnlich ist.

B. Menden. Die Jugendveranstaltungen, wie Ihr sie bis jetzt gepflegt habt, müßt Ihr unbedingt beibehalten. Gerade auf die Schulung und Interessierung der jugendlichen Kollegen kommt es an. Sucht aber bei allem den guten Zusammenklang von ernster Arbeit und frischem Spiel zu wahren.

E. J. Duisburg. Der von dir zitierte Aufsatz von Vater Saebler in der „Essener Volkszeitung“ spricht nur eine durchaus private Meinung aus. Damit entfallen auch die Weiterungen, die man daran knüpft. Sage das auch den roten „Wissenden“, die im allgemeinen sehr wenig wissen. Unsere Stellung dazu steht zu in dieser Nummer unter der Aufschrift „Lohnreform“.

Nach S. Die Handlungsweise solcher Kollegen, die Streikunterstützung wochenlang bezogen haben und nun dem Verband den Rücken kehren, ist unehrenhaft und erbärmlich. Die organisierte Arbeiterschaft muß gegen solche Kassenmarber geeignete Mittel ergreifen. In der nächsten Nr. kommen wir darauf zurück.

Die „Bücher der Arbeit“

müssen in der Hand eines jeden Vertrauensmannes sein. Bestellt sie auf eurer Ortsverwaltung oder beim

„Echo-Verlag“ Duisburg, Musfeldstr. 15

Klassenkampf, sondern Gemeinamkeit und soziale Gerechtigkeit ist der Grundtenor des B. K. G. Auch dann, wenn Schatzmacher und Linksradikale nichts davon wissen wollen. Das Gesetz ist ferner mit dem sittlichen, verantwortungsvollen Geiste der christlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsethik zu erfüllen und auszuwirken. Betriebsrätearbeit ohne oder gar gegen die Gewerkschaften darf es nicht geben. Das Betätigungsbereich der Räte muß den gesetzlichen Aufgaben und auf dem Betrieb begrenzt bleiben. Mit der von der Spitze der Arbeitervorstände den Arbeitgebern nahegelegte „Ausführung“ mit den Betriebsräten sind wir einverstanden und begrüßen sie, wenn sie ehrlich gedacht ist und wenn diese Ausführung kein kirchhofstriebe für die Arbeitnehmer und für die Gewerkschaften bedeuten soll.

Bei den Betriebsräte wahlen ist viel geäußert worden. Insbesondere auch bei den weiteren Wahlen, z.B. der Betriebsräte in die Aufsichtsräte. In manchen angängigen Gesellschaftsbetrieben haben sich Betriebsräte dieses höchste Recht ohne weiteres nehmen lassen. Die Geschäftsordnungen fast aller Betriebsräte sind bestimmt und besser zu gestalten. Gegenüber dem Beginn, daß freigestellte Betriebsräte, Vorsitzende oder Betriebsauschüsse alle Arbeiten allein machen wollen, oder sich dafür mißbrauchen lassen, dürfen die übrigen Vertreter keine Rechte unnötigerweise aus der Hand geben. Bei Freistellungen und Sprechstunden müssen wir mit vertreten sein. Auch da, wo unsere Bewegung als zahlenmäßige Minderheit in Frage kommt. Gewöhnliche Auskünfte und Antworten gehören nur in die Sprechstunde bzw. in die Sitzungen. Im Betrieb sollte man die Vertreter möglichst davor verschonen und sie nicht unnötigerweise Belastigungen der Arbeitgeber aussetzen. In größeren Betrieben ist vielfach das Betriebsrätekommissionarswesen für Löhne, Urlaub, Sonderbezüge, Arbeiterschutz, Wohlfahrtspflege usw. noch nicht genügend ausgebaut. Mehr Mitarbeiter können dadurch herangezogen werden und die Arbeit wird geteilt. Die Betriebs- und Gruppenräte können auch nicht auf allen Sätteln der vielen Berufe und Abteilungen, die oft in ihnen nicht vertreten sind, reiten. Daß wir uns nicht als willkürlichen Sturmbock gegen Arbeitnehmer, nicht als Betriebspolizei und Aufpasser mißbrauchen lassen, versteht sich von selbst.

Eine größere Arbeitsrechtskunde ist erforderlich. Dieses Recht ist das schwierigste von allen Rechtsarten geworden. Dazu ist es oft unklar und widersprechend. Die juristischen Betriebsräte und Syndikate auf der Gegenseite machen den Betriebsräten öfters das Leben schwer. Von der Regierung, den Schlichtungsstellen, den Arbeitsgerichten und sonstigen behördlichen Instanzen ist zu verlangen, daß sie in nachdrücklicher Weise die Betriebsvertreter gegen offene und geheime Mißregelungen schützen. Ferner ist von ihnen zu verlangen, daß sie ihren berechtigten Forderungen gegen raffinierte Ausreden, juristische Spitzfindigkeiten und Verdrehungen mehr Rechnung tragen. Denn über die Tür so mancher Schlichtungsstelle, mancher Arbeitsgerichte und Gewerbeaufsichtsstellen gehört für Arbeiteransprüche ein Schild mit der Aufschrift: „Hier laß alle Hoffnung fahren!“ Inbes kommen wir auch oft mit unseren Forderungen nicht durch, weil uns entweder nicht die volle Wahrheit gesagt wird, oder weil es an Unterlagen fehlt, oder weil die Fristen verläuft wurden. Auf arbeitsrechtlichem Gebiet wird noch ein gewaltiges geleistet werden müssen.

W. M.